

# „Wissen ist Macht und sollte geteilt werden“

## Akademie für Arbeit und Politik eröffnet

spa. Die Formulierungen der Festredner verhiessen Bedeutungsvolles. Da wurde von einem historischen Moment gesprochen, von großer Verantwortung der Wissenschaft, von einem Signal Bremens für die ganze Republik. Und in der Tat wurde gestern im Schulgebäude Am Barkhof eine Einrichtung aus der Taufe gehoben, die aus einem nicht alltäglichen Bündnis hervorging. Die Akademie für Arbeit und Politik ist ein „Kind“ der Kooperation zwischen der Universität Bremen und den Gewerkschaften. „Damit öffnet sich die Hochschule sehr weit für Arbeitnehmer — und das in einer Zeit, in der ihnen der Wendewind besonders hart ins Gesicht bläst“, betonte Hans Dieter Müller, Direktor der neuen Akademie.

Und diese ging noch am Tage der Eröffnung gleich zur Sache. Im Anschluß an den Festakt in der Schulaula begann die erste Veranstaltungsreihe „Neue Technologien — eine Herausforderung für das Arbeits- und Sozialrecht“ mit einem Vortrag des Bremer Professor Dr. Dieter Däubler.

Die Akademie soll Arbeitnehmern wissenschaftliches Grundlagenwissen und Forschungsergebnisse vermitteln, die für die Arbeits- und Lebenswelt und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer von Bedeutung sind“, heißt es in der Einführung zum ersten Halbjahresprogramm. „Damit beginnen wir hier etwas ganz Besonderes, das hoffentlich bundesweit Beachtung findet“, wünschte sich gestern Wissenschaftssensor Horst-Werner Franke. Er beteuerte, trotz angespannter Haushaltslage für eine finanzielle Absicherung der Akademie zu sorgen.

Als „wichtigen Tag für die Universität“ bezeichnete der Uni-Rektor Dr. Jürgen Timm das gestrige Datum der Akademieeröffnung. „Wissen ist Macht und sollte demokratisch geteilt werden“, sagte Timm vor den vielen Gästen aus Betrieben, Politik, Verwaltung und Hochschule, die an der Eröffnung teilnahmen. Die Mehrheit der abhängig Beschäftigten habe nie die Chance gehabt, eine Universität von innen zu sehen. Mit der Akademie für Arbeit und Politik sei nun die Möglichkeit vorhanden, an die Tradition der Arbeiterbildung in der Weimarer Republik anzuknüpfen. Timm formulierte auch seinen Anspruch an die Einrichtung. „Sie sollte eine neue Art der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden werden“. Bei der Vermittlung müßten aber die wissenschaftlichen Kriterien Vorrang vor den politischen haben.

Daß Politik und Wissenschaft sich oft nur schwer trennen lassen, machte anschließend der Präsident der Arbeiterkammer, Gerd Klöver, deutlich. Er erinnerte an die Bildungsreform der siebziger Jahre, als eine der Hauptforderungen die intellektuelle Waffengleichheit zwischen Kapital und Arbeit gewesen sei. Und Klöver schlug auch den Bogen zur aktuellen politischen Lage: Es sei keine Waffengleichheit, sondern Klassenkampf von oben, wenn die Bundesregierung mit der Änderung des Streikparagraphen 116 die Gewerkschaften kampfunfähig machen wolle. Der Kammer-Präsident mahnte zudem: „Bonn ist zwar nicht Weimar, aber die augenblicklichen Gefahren für die Arbeiterbewegung sind unverkennbar“.

DGB-Kreisvorsitzender Heinz Möller ging in seiner Rede auf die jüngst bekannt gewordenen Unstimmigkeiten zwischen DGB und Hochschule ein. „Die Akademie“, stellte er klar, „wird vom DGB nicht nur begrüßt, son-

dern gefordert“. Eine Konkurrenz zwischen dieser neuen Einrichtung und gewerkschaftlichen Bildungsinstitutionen sehe er nicht. Daß es trotzdem Kontroversen gebe, dürfe niemanden wundern. Die Kooperation zwischen Universität und Gewerkschaften werde indes zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt.